

Ryszard Nazarewicz (Warschau)

Polnische Aspekte in Dokumenten der Komintern

Eine neue Auswahl von Dokumenten der Komintern – Erstmals ohne Fälschungen – Das Problem Gomułka – Bemühungen, die PPR unterzuordnen

Die Dokumente der Kommunistischen Internationale (Komintern) in den sowjetischen Archiven gehörten zu den Geheimnissen, die am sorgfältigsten gehütet wurden. Das Präsidium des Exekutivkomitees beschloß, als es 1943 die Entscheidung über die Auflösung der Komintern traf, deren Archiv und die Bibliothek an die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – KPdSU (B) – zur Aufbewahrung zu übergeben. Später übernahm das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU Archiv und Bibliothek. Die Archivalien waren unzugänglich, gewisse Ausnahmen von diesem Grundsatz datieren erst seit Ende der 80er Jahre.¹

Die seit kurzem in Moskau veröffentlichten ausgewählten Dokumente der Komintern (bisher fünf Bände) legen zahlreiche Fakten zum Verhältnis der Führung der Kommunistischen Internationale und der KPdSU zur polnischen Arbeiterbewegung und deren Funktionären sowie zu Problemen des polnischen Staates und des polnischen Volkes offen.² Die wesentlichsten und bisher unbe-

¹ Nach 1987 wurde auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Wojciech Jaruzelski und Michail Gorbatschow Historikern der polnisch-sowjetischen Kommission zu den »weißen Flecken« einige Dokumente der Komintern zur KPP und PPR zugänglich gemacht. Im Ergebnis dessen erschien 1989 der Sammelband »Tragedia KPP« (Die Tragödie der KPP). Nach 1990 wurde der Zugang zu Dokumenten der Komintern erleichtert; allerdings war die Nutzung der Archive an beträchtliche finanzielle Aufwendungen gebunden. Das war ein wesentliches Hemmnis für polnische Historiker. Im Westen erschienen dagegen quellengestützte Publikationen. Zu ihnen gehören u. a.: Broué, Pierre: *Histoire de l'Internationale Communiste (1919–1943)*. Paris 1998; McDermott, Kevin/Agnew, Jeremy: *A History of International Communism from Lenin to Stalin*. London 1996; Rees, Tim/Thorpe, Andrew: *International Communism and the Communist International 1919–1943*. Manchester 1999; sowie zahlreiche Aufsätze, u.a. in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 1993ff.

² Es sind dies *Organisazionnaja struktura Kominterni* (Die Organisationsstruktur der Komintern). 1997; *Komintern i ideja mirowoj rewoluziji* (Die Komintern und die Idee der Weltrevolution). 1998; *Komintern protiv faszisma* (Die Komintern gegen den Faschismus). 1999. *Komintern i Wtoraja mirowaja wojna* (Die Komintern und der Zweite Weltkrieg). Bd. 1 1994; Bd. 2 1998. Die beiden letztgenannten Bände enthalten Kurzbiographien zu 480 Kominternfunktionären; Einleitung und Anmerkungen verfaßten Natalja Lebedewa und Michail Narynski.

kannten Informationen sind in den beiden Dokumentenbänden zu den Jahren 1939–1945 enthalten, die – zusammengefasst – auf 1 148 Seiten 385 Dokumente enthalten.

Die beiden Bände über die Jahre 1939–1945 enthalten nicht nur Dokumente der 1943 aufgelösten Komintern, sondern auch von deren »Erbin«, der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU (B), die den größten Teil der Funktionen und des Personals der Komintern übernahm.

1939–1941 vollzogen sich zwei grundlegende Wendungen in der Politik der Komintern. Sie ergaben sich aus deren Abhängigkeit von der Politik der UdSSR, genauer, vom Willen Stalins. Die erste dieser Wendungen erfolgte unmittelbar nach der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Paktes im August 1939. Sie bestand in der vollständigen Abkehr von der antifaschistischen Linie, der Volksfrontpolitik usw., wie sie vom VII. Kongress der Komintern 1935 beschlossen worden war, zugunsten einer Politik, die das aggressive und terroristische Vorgehen des Dritten Reiches förderte. Desungeachtet sahen zahlreiche kommunistische Parteien des Westens (Frankreich, Großbritannien, USA u. a.) den Hauptfeind im Faschismus und verhielten sich kritisch gegenüber der prodeutschen Politik der UdSSR, deren Angriff auf Polen am 17. August und auf Finnland Ende November 1939 sowie weiteren politischen und militärischen Schritten der UdSSR. Es dauerte nicht lange, bis sie von der Führung der KI gezwungen worden waren, sich unterzuordnen und ihre ungehorsamen Führer abzulösen.³

Die willige Unterordnung der Komintern unter die stalinistische Politik der »Freundschaft« mit Hitlerdeutschland führte zur Kompromittierung zahlreicher kommunistischer Parteien, die ja Sektionen der Komintern waren. Da sie dieser treu bleiben wollten, zahlten sie dafür einen hohen Preis, indem sie ihre Bedeutung und ihren Einfluss in den jeweils eigenen Ländern schwächten.

Nach der Eroberung Dänemarks und Norwegens sowie von Belgien, Holland und Frankreich errichteten die Deutschen ihr Besatzungsregime in diesen Ländern. In ihnen formierten sich – in unterschiedlichen Formen – Widerstandsbewegungen. Der Druck von Seiten der kommunistischen Parteien in den eroberten Ländern zwang die Führungsgremien der KI zu schrittweisen und dabei halbherzigen und verschleierte Änderungen ihrer negativen Haltung zu antifaschistischen Handlungen. Das äußerte sich u. a. in der Weisung an die KPF vom 22. Juni 1940. Das EKKI empfahl darin die Aufnahme »des Kampfes mit dem fremden Joch für ein freies und unabhängiges Frankreich« (Bd.1, S. 371–373). Späterhin gab es verblühte antideutsche Akzente in den Weisungen für Parteien in jenen Ländern Mittel- und Osteuropas, die von deutscher Seite dominiert wur-

³ Ausführlicher stelle ich diese Angelegenheiten im Aufsatz »Komintern wobec agresji hitlerowskiej w Europie 1939–1941 (Die Komintern und die Aggression Hitlers in Europa 1939–1941) dar, der in Heft 3 der von Czesław Madajczyk redaktionell betreuten Zeitschrift »Dzieje Najnowsze« (Neueste Geschichte) erscheinen wird.

den, insbesondere jene, in denen deutsche Truppen standen (Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Slowakei, Finnland). Eindeutiger wurde von Dimitrow (nachdem Stalin akzeptiert hatte) der Verteidigungskrieg Jugoslawiens und Griechenlands als »gerechter Krieg« (Bd. 1, S. 525–526) anerkannt.

Schrittweise, angesichts der immer deutlicheren Vorbereitungen der Aggression Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR, vollzog sich die zweite Wendung. Die Führung der UdSSR und der Komintern begann die Notwendigkeit zu erkennen, ihr Verhältnis zur polnischen Frage zu ändern, wurde Polen doch bislang als nicht existent betrachtet. Es begann die Suche nach Bündnispartnern unter den Polen. Die Haltung gegenüber Mitgliedern der aufgelösten KPP, deren Funktionäre in der sowjetischen Emigration in den 30er Jahren nahezu ausnahmslos ermordet worden waren, änderte sich. Dies betraf auch jene Parteimitglieder, die in dem 1939 an die UdSSR angeschlossenen Gebiet lebten und bisher als feindliche bzw. mindestens verdächtige Elemente betrachtet wurden. Hatte doch das EKKI zwei Briefe an das NKWD übergeben, mit Listen von annähernd 500 Personen, die »der Provokation« in Zusammenhang mit der Tätigkeit der KPP und ihrer Gliederungen, der Kommunistischen Partei der Westukraine und der Kommunistischen Partei Westbelorußlands, »verdächtigt« wurden (S. 137). Im Zuge der Modifikation in der polnischen Frage intervenierte Dimitrow am 30. Juli 1940 bei Malenkow wegen der »sehr schweren Lage der ehemaligen Mitglieder der KPP und des Kommunistischen Jugendverbandes Polens in den Westgebieten der Ukraine und Belorußlands« (S. 398–401). Ein anderer Schritt war die Aufnahme ehemaliger Mitglieder der KPP in die KPdSU (B) unter Anerkennung ihrer Mitgliedschaft in der aufgelösten Partei. Daran war der Leiter der Kaderabteilung des EKKI Pantalejmon Guljajew beteiligt.

Zu diesem Zeitpunkt wurden auf Vorschlag Dimitrows vom 31. August 1940 an das ZK der KPdSU (B) außerdem einige Polen an die am 1. Oktober 1940 gegründete Schule des EKKI »für führende Mitarbeiter der komm.[unistischen] Bruderparteien« entsandt. Sie befand sich in Nagornoje, später in Puschkino, bei Moskau (Bd. 1, S. 424–426). Im Oktober 1941, angesichts der deutschen Offensive, wurde sie nach Kuschnarenko in Baschkirien verlegt. Unter den Hörern dieser Schule befanden sich auch später nach Polen entsandte Mitglieder der Initiativgruppe der PPR.

Am 22. Juni 1941 wurde Dimitrow um 7 Uhr morgens in den Kreml einbestellt. Dort erfuhr er vom Angriff Deutschlands auf die UdSSR und erhielt neue Weisungen Stalins zur Tätigkeit der Kommunisten in Kriegszeiten. Am gleichen Tag nannte in einer Ansprache Molotow erstmals die Polen ein Volk, das durch das faschistische Deutschland unterdrückt werde. Am gleichen Tag rief das EKKI in einem Beschluß seines Sekretariats Rundfunkredaktionen für Sendungen in verschiedenen Sprachen ins Leben. Unter ihnen war eine polnische Redak-

tion. Sie sendete unter der Bezeichnung Rundfunksender »Kościuszko«. Mit ihrer Betreuung hatte das EKKI Zofia Dzierżyńska beauftragt.

Beschlossen wurde darüber hinaus die Vorbereitung von Gruppen, die in die von Deutschland besetzten sowie in abhängige Länder und auch nach Deutschland selbst entsandt werden sollten. Neben anderen war am 11. Juli 1941 eine 12köpfige Gruppe von Kommunisten zum Abflug nach Polen bereit (Bd. 2, S. 115). Ihre Personalien sind nicht veröffentlicht worden. Ich nehme an, daß es sich um Spanienkämpfer der Dąbrowski-Einheiten handelte, die sich einige Tage zuvor als Freiwillige gemeldet hatten, um gegen die Okkupanten in Polen zu kämpfen.

Wie die Verfasser der Einleitung zum Band 2 der Quellenedition feststellten, »zeigte sich mit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges das Problem, auf die eine oder andere Weise eine Partei polnischer Kommunisten wiederherzustellen, in voller Schärfe« (Bd. 2, S. 26). Am 27. August 1941 empfahl Stalin Dimitrow, eine neue polnische Partei »nicht kommunistische Partei zu nennen, da diese Bezeichnung viele abschrecken kann. Sie soll nicht zur sozialistischen Revolution aufrufen, sondern zur nationalen Befreiung. Deshalb ist es besser, sie Arbeiter-Partei Polens zu nennen« (a. a. O. S. 26). Nach Diskussion in der Initiativgruppe, die sich auf den Weg nach Polen machte, wurde letztendlich die Bezeichnung Polnische Arbeiter-Partei (PPR) angenommen.

Der Leiter der Kaderabteilung des EKKI Guljajew meldete Dimitrow, daß die Gruppe nach fünfstündigem Flug am 29. Dezember 1941 im vorbestimmten Gebiet gelandet sei (S. 173). Allerdings hatte Moskau, infolge des Verlustes der Funkstation bei der Landung, bis Mai 1942, d. h. bis zum Eintreffen einer zweiten Gruppe mit Funkstation, keine Funkverbindung mit dem ZK der PPR. Seitdem bestand ein ständiger Austausch chiffrierter Informationen zwischen Moskau und den illegalen Funkstationen der PPR in Polen. Der Inhalt zahlreicher Funksprüche war bei uns bereits früher bekannt. Einige von ihnen sind in dem besprochenen Sammelband (S. 236–237; 262–264; 277–278; 202; 307–311 usw.) veröffentlicht worden. Aus den Anmerkungen zu den Funksprüchen über den Tod von Marcelli Nowotko geht hervor, daß ihren Verfassern die vom ZK der PPR vorgenommenen Untersuchungen zu den Todesumständen nicht bekannt waren; diese Materialien lagen ein halbes Jahrhundert im Panzerschrank des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP und sind erst durch Mieczysław F. Rakowski zugänglich gemacht worden.⁴

Die in der Anmerkung zum Funkspruch über Verhaftungen in der PPR enthaltene Beschuldigung, Franciszek Wawrzyniak, Sekretär der Warschauer Parteior-

⁴ Nazarewicz, Ryszard: *Zabójstwo Marcelego Nowotki w świetle dokumentów z lat 1942–1943* (Die Ermordung Marcelli Nowotkos im Lichte von Dokumenten der Jahre 1942–1943). Warszawa 1990.

ganisation der PPR habe Verrat begangen, ist falsch, Wawrzyniak ist post mortem rehabilitiert worden (S. 278). Man weiß auch nicht, auf Grund welcher Unterlagen die Verfasser der Anmerkung zur Ermordung von Leon Lipski behaupteten, dieser habe eine Organisation unter der Bezeichnung »KPP« ins Leben gerufen, die von »den Deutschen als eine der ihnen am gefährlichsten Organisationen eingeschätzt worden sei« (S. 75 und 383–384).

Das EKKI widmete der Tätigkeit des ihm nachgeordneten Rundfunksenders »Kościuszko« große Aufmerksamkeit. An einigen Besprechungen des Sekretariats der KI nahmen die Mitarbeiter des Senders Zofia Dzierżyńska, Józef Natanson (Kowalski), Tadeusz Daniszewski, G. Korotkiewicz und Waclaw Lewikowski teil. Am 9. September 1942 wurden »einige Genossen der polnischen Redaktion« scharf kritisiert, weil sie »eine unbegründete Haltung zur Bombardierung Warschaws durch sowjetische Luftstreitkräfte einnahmen«. Vorgeworfen wurden ihnen »schwerwiegende Schwankungen, weil sie anstatt den Enthusiasmus und die Freude der polnischen Arbeiter aus Anlaß dieser Luftangriffe zu fördern, Sorge um die Opfer dieser Angriffe äußerten, sowie die Besorgnis, daß die Nazis diese Angriffe zur Verstärkung ihrer antisowjetischen Agitation nutzen könnten« (S. 258).

Das Interesse des EKKI an den politischen Stimmungen in der unter Führung von General Władysław Anders in der UdSSR aufgestellten polnischen Armee war von dem Bestreben bestimmt, die politischen Kontakte zu einigen der Militärs zu erhalten (S. 27–28; 173–174; 194–195; 206–207).

Nachdem die Massengräber polnischer Offiziere in Katyn bei Smolensk durch die Deutschen publik gemacht worden waren, bat FINDER in einem Funkpruch vom 24. April 1943 um Aufklärung dieser Angelegenheit, da »niemand bei uns und keiner von uns den sowjetischen Standpunkt kennt«. Als Antwort übermittelte DIMITROW am 26. April den Inhalt der Note der sowjetischen Regierung zum Abbruch der Beziehungen mit der polnischen Regierung in London. Gleichzeitig verlangte er, »die Entfaltung einer entlarvenden Kampagne zum provokatorischen Verhalten der polnischen Regierung«. In der Anmerkung zu diesem Funkpruch (S. 34–348) werden die eigentlichen Täter dieses Verbrechens, Stalin, BERIJA und weitere Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU (B), vor allem jedoch das NKWD, genannt.⁵ Alles deutet jedoch darauf hin, daß DIMITROW und weiteren Funktionären der Komintern seinerzeit die Verantwortlichen für dieses schreckliche Verbrechen nicht bekannt waren.

Am 20. Mai 1943 erreichte Warschau der Funkpruch DIMITROWS mit dem Vorschlag – in Wirklichkeit mit der Erklärung – der Auflösung der Komintern

⁵ Man berief sich dabei u.a. auf die Studie von Natalja Lebedewa »Katyn – prestuplenije protiv tschelowestchestwo« (Katyn – Verbrechen gegen die Menschlichkeit). Moskau 1994.

und der damit verbundenen Anfrage zur Haltung des ZK der PPR in dieser Angelegenheit. Die Antwort war zustimmend.

Mit dem Gedanken, die Kommunistische Internationale zu liquidieren, hatte sich Stalin bereits vor dem Ausbruch des Kriegs mit den Deutschen getragen. Im November 1940 war Stalin im Zusammenhang mit dem Besuch Molotows in Berlin geneigt, einen Vertrag mit den Staaten abzuschließen, die im Antikominternpakt zusammengeschlossen waren; d. h. die Komintern zu opfern. Zu dieser Absicht kehrte er im April 1941 zurück, als er beabsichtigte, Gespräche mit Hitler zu führen und die Auflösung der Komintern vorzuschlagen. Damit hoffte er, den Angriff Hitlers auf die UdSSR zeitlich hinauszuschieben bzw. abzuwenden (Bd. 1, S. 50–52).

Am 8. Mai 1943 rief Stalin Dimitrow in den Kreml und teilte ihm mit, daß »die Komintern ein Hindernis für die eigenständige Entwicklung der kommunistischen Parteien wurde« (S. 57). Wie sich herausstellte, war das einen Tag vor dem Treffen Roosevelts und Churchills in Washington, bei dem beabsichtigt war, über die Eröffnung einer zweiten Front in Europa zu entscheiden.

Die Führung der Komintern fertigte unverzüglich den Entwurf eines Auflösungsbeschlusses aus und wandte sich um Zustimmung an 31 der Komintern angehörenden bzw. mit ihr zusammenwirkenden Parteien (darunter auch die PPR). Alle stimmten zu, und am 22. Mai 1943 wurde der Beschluß veröffentlicht. Am 12. Juni beschloss Stalin und weitere Mitglieder des Politbüros in Anwesenheit Dimitrows, die Bildung einer Abteilung Internationale Information im ZK der KPdSU (B). Deren formeller Leiter wurde der Sekretär des ZK Alexander Sechtscherbakow; tatsächlich leiteten jedoch Dimitrow und Manuilski den Apparat. Nachdem im Januar 1944 Dimitrow nach einer Krankheit die Arbeit wieder aufnahm, wurde er auch formell Leiter der Abteilung Internationale Information und als sein Stellvertreter Leonid Baranow eingesetzt. Die Personalangelegenheiten der ausländischen Kommunisten übernahm die Kaderabteilung des ZK der KPdSU (B).

Die neu geschaffene Abteilung übernahm die meisten der bisherigen Funktionen des EKKI. Sie wirkte außerdem mittels der ihr unterstehenden konspirativen wissenschaftlichen Forschungsinstitute. Das Institut Nr. 100 (Leiter: Iwan Morosow) übernahm die gesamte technische Basis des EKKI. Zu ihr gehörten die Funkstationen, außerdem war sie für den Einsatz von Funktionären und Waffen zuständig. Das Institut Nr. 205 (Leiter: Bedřich Geminder) übernahm die Redaktionen, die Programme in 15 verschiedenen Sprachen sendeten, die Verlage usw. Das Institut Nr. 99 (Leiter: Michail Koslow) war zuständig für die Arbeit unter den Kriegsgefangenen, hatte die Aufsicht über das Nationalkomitee »Freies Deutschland« usw. (S. 73–74). Alle genannten Einrichtungen übten ihre Tätigkeit noch eine gewisse Zeit nach Kriegsende aus.

Diese Art der Transformation sicherte der stalinistischen Führung der UdSSR die weitere Steuerung der ausländischen kommunistischen Parteien, nunmehr allerdings in stark verdeckter Art und Weise. Während man sich vorher auf die Gebote der Parteidisziplin berief (war doch die Komintern eine einheitliche Partei, die sich in Länder-Sektionen aufgliederte) und Verstöße gegen die Disziplin auch mit der Todesstrafe geahndet werden konnten, stützte man sich nunmehr auf den Internationalismus, die internationale Solidarität usw. Das führte nicht immer zum Erfolg, wie sich im Falle der kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Chinas, der USA und auch der PPR zeigte, bei letzterer besonders nach der Wahl Władysław Gomułkas zum Sekretär des Zentralkomitees. Aus den Dokumenten geht hervor, daß die Anschuldigungen der Abteilung Internationale Angelegenheiten gegen die angeführten Parteien oftmals auf deren von den Erfordernissen der jeweils aktuellen Außenpolitik der UdSSR abweichenden Interessen zurückzuführen waren.

Nach Auflösung der Komintern hatte deren Kontakte mit dem ZK der PPR die Abteilung Internationale Angelegenheiten des ZK der KPdSU (B) übernommen. Damit bestanden bereits damals Beziehungen zwischen zwei Parteien, wenngleich sich in Wirklichkeit wenig veränderte. Die Funksprüche an das ZK der PPR unterzeichnete auch weiterhin Georgi Dimitrow, und an ihn wurde auch die Korrespondenz der PPR gerichtet.

Die Verhaftung von Pawel FINDER und von Małgorzata Fornalska, die den Chiffrierschlüssel besaß, am 14. November 1943 durch die Gestapo, führte zeitweilig zu einer Unterbrechung der Funkverbindung des ZK der PPR mit Moskau. Am 23. November wählte das Zentralkomitee der PPR Władysław Gomułka – »Wiesław« – zum Sekretär der Partei. Kurze Zeit später entschied man sich in Moskau zur Bildung des Zentralen Büros der Kommunisten Polens (Centralnego Biuro Komunistów Polski – CBKP). Ihm war die politische Leitung des Verbands Polnischer Patrioten (ZPP) und der Polnischen Streitkräfte in der UdSSR übertragen. Zugleich war es die Auslandsvertretung der PPR, die allerdings davon nicht unterrichtet wurde.

Einige der im Sammelband enthaltenen Dokumente der Abteilung Internationale Angelegenheiten vom Januar 1944 belegen den schwierigen Prozeß der Bildung des CBKP, dessen Aufgaben und dessen personelle Zusammensetzung.⁶

Die Entscheidungsträger der KPdSU (B) stimmten der Einberufung einer Beratung zur Bildung des Büros durch polnische Kommunisten, d. h. Mitglieder der aufgelösten KPP, nicht zu. Sie vertraten die Ansicht, daß es genüge, wenn die

⁶ Eine wertvolle Ergänzung der Materialien im Sammelband sind Dokumente der Abteilung »Internationale Angelegenheiten und des CBKP«, die im Sammelband »Polska – ZSSR. Struktury podległości. Dokumenty KC WKP (b) 1944–1948« (Polen – UdSSR. Die Strukturen der Abhängigkeit. Dokumente des ZK der KPdSU (B) 1944–1948) von Józef Daniel und Aleksander Kochanski 1995 in Warschau veröffentlicht wurden.

Zusammensetzung und das Statut dieses Büros von ihnen selbst bestätigt werde. Die von Dimitrow am 5. Januar 1944 Molotow unterbreiteten Vorschläge zur Zusammensetzung des Büros mit Berman, Wasilewska, Skrzyszewski, Zawadzki und Lewikowski wurden nicht bestätigt. Erst die am 24. Januar vorgelegte dritte Variante, in der anstelle Lewikowskis und Skrzyszewskis für das Büro Radkiewicz und Świerczewski benannt wurden, fand Zustimmung. Als Vorsitzender wurde Aleksandr Zawadzki eingesetzt (S. 76; 409–410). Die Tatsache der Existenz des CBKP wurde streng geheimgehalten, sogar gegenüber der Führung der PPR.

Die ersten Informationen über den neu gewählten Sekretär des ZK der PPR mit dem Pseudonym »Wiesław« erreichten Moskau im Januar 1944. Sie stammten von einer Gruppe polnischer Kommunisten, die von dem Mitarbeiter der Kaderabteilung des EKKI Leon Kasman geleitet wurde. Nachdem die Gruppe den Raum Lublin erreicht hatte, informierte sie ihren Auftraggeber, die Abteilung Internationale Angelegenheiten des ZK der KPdSU, von der Wahl »Wiesławs«. Auch der Chef der Residentur der Warschauer Aufklärungsabteilung Czesław Skoniecki unterrichtete Moskau von der Wahl »Wiesławs«. Die Verfasser der Anmerkungen stellten zu einem der Dokumente fest, »daß weder Dimitrow noch der Kreml, noch das NKWD wußte, wer unter dem Pseudonym »Wiesław« handelte« (S. 81).

Die Wahl Gomulkas durch Abstimmung im ZK der PPR wurde in Moskau, wo man gewohnt war, daß bei derartigen Kandidaturen vorher die Zustimmung einzuholen war oder daß der Betreffende durch Moskau vorgeschlagen wurde, mit Unwillen aufgenommen. Auch die Bildung der KRN (Krajowa Rada Narodowa) ohne Zustimmung Moskaus verstärkte das Mißtrauen gegenüber dem ZK der PPR. Man warf ihm »Sektierertum« vor, ein Vorwurf, der übrigens vorher auch gegenüber Pawel FINDER erhoben worden war. Bereits am 2. März 1943 kritisierte Dimitrow den in einem Funkspruch der PPR benutzten früheren Begriff der »Arbeiter-und-Bauernmacht«, und am 2. April 1943 kritisierte er Teile der Erklärung der PPR »O co walczymy« (Wofür wir kämpfen) vom März 1943 (S. 330–331; 343–344). FINDERs Antworten auf die Vorwürfe im Funkspruch vom 17. April 1943 führten die Autoren der Anmerkungen nicht an, sie verwiesen noch nicht einmal darauf. Wahrscheinlich sind sie ihnen unbekannt; behaupten sie doch in der Einleitung – ziemlich tendenziös – , daß »die neue Führung (der PPR) den Konfrontationskurs gegenüber den bürgerlichen Parteien und zur Sowjetisierung Polens fortsetzte« (S. 39).

Daß Moskau der seinerzeit im November 1943 gewählten Führung der PPR mißtraute, geht u. a. aus einem Funkspruch Manuilskis vom 24. Februar 1944 an Kasman hervor. Darin wies er diesen an, gegenüber der PPR außerordentliche Vorsicht walten zu lassen, und zwar ihres »sektiererischen Kurses in der KRN wegen und weiterer sektiererischer Abweichungen (russ.: zagibi), die den Anschein haben, daß die PPR eine Sowjetisierung Polens anstrebt, was Wasser auf

die Mühlen verschiedener Provokateure und Feinde des polnischen Volkes ist«. Als Sektierertum der PPR wurden die von der KRN erlassenen Dekrete und die Bildung einer Führung der Volksarmee betrachtet, »obwohl es in Polen noch keine polnische Armee gibt« (S. 81; 423–424). Offensichtlich war man der Ansicht, dies wäre erst nach der Befreiung Polens möglich.

Einige Fragmente dieses Funkspruchs erreichten das ZK der PPR am 25. Februar über Kasman als »Hinweise aus Kreisen, die mit dem ZPP verbunden sind«. Darin wurde Kritik an der Zusammenarbeit der PPR mit dem Regierungslager und daran geübt, daß die KRN Dekrete erlasse. Die ausführliche Polemik des ZK der PPR, Verfasser war Gomulka, gegen die Vorwürfe des Sektierertums nahm Marian Spychalski, der die Frontlinie überschritten hatte, nach Moskau mit. Aus dieser Antwort der PPR findet sich kein Wort in dem besprochenen Sammelband, obwohl sie bereits 1973 veröffentlicht worden ist.⁷

Die in Moskau eingeschliffene Abneigung gegen die von der KRN eingesetzte zentrale Führung der Volksarmee-Einheiten äußerte sich auch in der von Molotow am 7. März 1944 mitgeteilten Entscheidung, einen Zentralen Stab der Partisanenbewegung in Polen zu bilden. Sie wurde mit dem angeblichen Fehlen einer zentralen Führungsstelle der Partisanenbewegung in Polen begründet: »Die einzelnen Partisanenabteilungen in Polen handeln jeweils für sich, ohne jedwede zentrale Koordinierung ihrer Kampfhandlungen, ohne Unterstützung von Außen«. Hingewiesen wurde auf die Notwendigkeit, diese Partisanenbewegung personell und durch Waffen sowie weitere Kampfmittel zu unterstützen. »Unter Berücksichtigung dessen, daß den polnischen Genossen Erfahrungen des Partisanenkampfes in größerem Umfang fehlen, halten wir es für zweckmäßig, dem Stab eine Gruppe sowjetischer Militärs zuzuordnen, die den Partisanenkampf kennen« (S. 432–436).

Der Vorschlag bestätigt das mangelnde Vertrauen gegenüber der linken Partisanenbewegung seitens des gesamten Stabes, eigentlich seitens der Führung der UdSSR. Wie sein eigentlicher Leiter, Oberst Sergej Prytyckij, äußerte, »handelte er unter unmittelbarer Führung des ZK der KPdSU (B) und des Oberkommandos der Roten Armee«, und dies auch dann noch, als er im Juli 1944 formell durch das Oberkommando der Polnischen Streitkräfte übernommen worden war.⁸

Moskaus Mißtrauen gegenüber der PPR und der Volksarmee hatte eine doppelgleisige Führung der Partisanenbewegung in Polen zur Folge. Das war eine der Ursachen des Konflikts, der im Raum Lublin begann, jedoch auch die zentralen Führungsgremien einbezog. Dazu kam das Streben der Abteilung Internationale Verbindungen, die im Raum Lublin eingetroffene Gruppe Leon Kasmans –

⁷ Vollständig veröffentlicht in Heft 26 der »Zeszyty Historyczne« (Historische Hefte); Paris 1973, S. 196–202.

⁸ Russkij Archiv. Bd. 14. Moskau 1994, S. 175 ff. Bericht des Stabs vom 10. Oktober 1944.

»Janowski« – direkt zu leiten. Sie verbot Kasman u. a., sich nach Warschau zu begeben und dort ins ZK der PPR einzutreten, was ihm durch dieses Gremium vorgeschlagen worden war. Da er die Weisungen Moskaus genau befolgte, geriet Kasman in Konflikt mit der Lubliner Leitung der PPR und der AL (Volksarmee).

Wie tiefgreifend dieser Konflikt war, wird aus dem Inhalt des im Ton anmaßenden Funkspruchs Dimitrows an das ZK der PPR vom 19. April 1944 ersichtlich: »Wie wir Sie bereits mehrfach darauf hingewiesen haben, ist die Gruppe Janowskis durch uns mit dem speziellen Auftrag entsandt worden, der PPR Hilfe unsererseits angedeihen zu lassen. Die Gruppe untersteht auch weiterhin ausschließlich uns. Es versteht sich, daß sie künftig zur Verfügung der PPR überstellt wird. Völlig unverständlich für uns ist, weshalb Sie und das Bezirkskomitee Lublin, ungeachtet unserer Bitten, die Gruppe Janowski in ihrer Arbeit behindern. Mietek (das ist Moczar – Verf.) droht sogar, sie erforderlichenfalls unter Anwendung von Gewalt zu entwaffnen. Nachdrücklich bitten wir Sie, einen Vertreter an das Bezirkskomitee und zur Gruppe Janowski zu entsenden, um die Beziehungen zwischen beiden Seiten zu ordnen. Solange das nicht geschehen ist, werden wir Waffen ausschließlich über die Gruppe Janowski zustellen.« (S. 450–451)

Der Konflikt wurde durch die Entsendung eines Vertreters des ZK der PPR (Ignaci Loga-Sowiński) und eines Vertreters des Oberkommandos der AL (Ignaci Robb-Narbutt) entschärft. Die verschiedenen Vorbehalte gegenüber dem ZK der PPR in Moskau wurden durch Stalin zeitweise unter den Teppich gekehrt. Angesichts der für Juni vorgesehenen Offensive, die einen beträchtlichen Teil Polens befreien sollte, sowie infolge des Fiaskos der Geheimgespräche mit der polnischen Regierung in London wurde er sich der Notwendigkeit einer Unterstützung durch die polnische Linke bewußt. Er empfing am 22. Mai 1944 eine Abordnung der KRN im Kreml. Zuvor war sie in einem sowjetischen Partisanenlager im Gebiet Polesija festgehalten worden, weil man ihr das erwartete Flugzeug nicht schickte. In der Anmerkung heißt es fälschlicherweise, die Delegation der KRN sei Mitte April in der UdSSR eingetroffen. Tatsächlich kam sie Mitte Mai 1944 (S. 461).

Nach Ankunft der Delegation der KRN in Moskau (19. Mai 1944) forderte ein von Aleksander Zawadzki unterzeichneter Entwurf eines Funkspruchs an das ZK der PPR (ohne Zawadzki Funktion als Vorsitzender des CBKP zu benennen) »die Abschwächung der Losung der Enteignung des Bodens in den polnischen Siedlungsgebieten des Ostens und der Nationalisierung der Großindustrie und der Banken« sowie »die Verbreiterung der sozial-politischen Grundlagen der KRN«. Der Funkspruch wurde schlußendlich durch Manuilski und Molotow redigiert. Sie ergänzten ihn mit dem Vorschlag, das ZK der PPR möge sich gemeinsam mit Volksparteilern an den pro-Londoner Rat der Nationalen Einheit (Rada Jedności Narodowej) wenden, um mit dieser Übereinstimmung herzustellen (S. 459–461).

Wie man sieht, bemühte sich Moskau, ohne dies deutlich auszusprechen, die PPR seinem eigenen außenpolitischen Spiel mit den Westmächten unterzuordnen, die nach wie vor die Regierung Polens in London anerkannten und scharf auf Zeichen reagierten, die auf grundlegende revolutionäre Veränderungen im Operationsgebiet der Roten Armee hinwiesen.

In ähnlicher Richtung wirkte die Abteilung für Internationale Informationen auf den Verband Polnischer Patrioten (ZPP) ein. Aus dem Entwurf für einen Beschluß des Plenums im April 1944 wurden einige Positionen für beabsichtigte Reformen getilgt, desgleichen der wohlwollende Ton gegenüber den Soldaten der Polnischen Streitkräfte im Westen (S. 444–445).

Die Existenz von zwei Führungszentren der linken Partisanenbewegung und dabei das Verbot für die dem Stab der Partisanenbewegung unterstellten Einheiten, sich den Regionalkommandos der Volksarmee (AL) unterzuordnen, war die Ursache für zahlreiche Schwierigkeiten und Streitpunkte.

Im hier vorgestellten Sammelband spiegeln sich diese nicht wider. Sie ausführlicher darzustellen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten.⁹

Eines der letzten Dokumente zu polnischen Themen in diesem Sammelband ist der Funkspruch vom 17. Juli 1944. Gerichtet war er »an Wiesław für KRN«. Unterzeichnet hatten Wasilewska, Osóbka-Morawski, Zawadzki und Rola-Żymierski. Sie erklärten sich bereit, den Flug aller Mitglieder der KRN und weiterer Führungskräfte, insgesamt von mindestens 60 Personen, in die UdSSR zu organisieren. Die Entwicklung der Lage schloß jedoch diese Möglichkeit aus. Die Autoren der Anmerkungen stellten in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Ereignissen fest, daß das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) am 21. Juli 1944 in Moskau gegründet worden ist (S. 463–464).

Übersetzt von Ehrhard Dietz.

⁹ Siehe mein Buch *Armia Ludowa. Dylematy i dramaty* (Die Volksarmee. Dilemmata und Tragödien). 2. Aufl. Warszawa 2000; besonders die Kapitel 8 und 19.